

fünftägigen imperialistischen Weltkrieges Stück für Stück zerbrechen muß. Die Reproduktion des Produktionsprozesses oder des gesellschaftlichen Gesamtprozesses ist an eine ununterbrochene Erweiterung des gesellschaftlichen Bedürfnisses, an die Ausdehnung der Absatzmöglichkeiten des Marktes gebunden. Weides hat der Krieg gründlich zerstört: sowohl den Stand der Bedürfnisbefriedigung, das ist vorwiegend der innere Markt, ebenso die weltwirtschaftlichen Beziehungen, den äußeren Markt. Nach den bereits skizzierten Verlusten und Zerstörungen des Weltkrieges, angeht der Hunderte von Milliarden Schulden, der Unterbindung der Produktion durch beschränkte Interessenwirtschaft, der dem Scheinbar erreichten Fortschritt in absoluten Rückgang verfallen, der Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe liegt nach allen Erfahrungen die notwendige Reproduktion nicht mehr in dem Bereich des Möglichen. Sollen z. B. die Kriegsschulden aller Länder durch Steuern, die ja doch vor allem von der breiten, arbeitenden und konsumierenden Masse zu tragen wären, abgebaut werden — durch Finanzoperationen, internationale Anleihen und dergleichen wird der tatsächliche Zustand nur zeitweilig verschoben und verschleiert —, so würde das eine gewalttätige Zurückschraubung der Bedürfnisbefriedigung bedeuten, wo der Kapitalismus entweder durch revolutionären Kampf und Vergesellschaftung der Produktionsmittel überwinden werden muß, oder der Rückfall der Gesellschaft in die Barbarei wird zur Tatsache.

Indes ist der Kampf des westlichen Imperialismus mit der Niederwerfung seines mitteleuropäischen Rivalen noch keineswegs beendet. Die „Friedensschlüsse“ der Entente haben nur die Kriesschulden, hinter denen dieser Kampf weitergeführt und die Weltanarchie vertieft wird. Bei gleichzeitigem ökonomischen Stillstand und Rückgang in den Mutterländern ringen die imperialistischen Mächte um neue Märkte und Interessenterritorien. Der ganze östliche Teil des Planeten, vom Balkan und Kleinasien bis zum fernen Osten ist in diesen Kampf verwickelt, der sein besonderes Gepräge durch den mächtigen antiimperialistischen Block der Mitte, das proletarisch-revolutionäre Sowjetrußland bekommt. In diesem Kampf um neue Märkte und Akkumulationsgebiete sind sowohl kapitalistische Mächte beteiligt, ihre Konkurrenz untereinander ist so groß, der geleistete Widerstand so hartnäckig, daß Weltkriege, Revolutionen die Folge sind.

Und wir befinden uns mitten in dem Zustande, den Rosa Luxemburg mit knappen Strichen zeichnete: „Durch diesen Kampf aber bereitet das Kapital in zwiesfacher Weise seinen Untergang vor. Indem es einerseits durch seine Ausdehnung auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen auf den Moment lossteuert, wo die gesamte Menschheit in der Tat lediglich aus Kapitalisten und Lohnproletariaten besteht, und wo deshalb eine weitere Ausdehnung, also Akkumulation, unmöglich wird. Zugleich verschärft es, in dem Maße wie diese Tendenz sich durchsetzt, die Klassengegensätze, die internationale wirtschaftliche und politische Anarchie vergrößert, daß es, lange bevor die letzte Konsequenz der ökonomischen Entwicklung — die absolute ungeteilte Herrschaft der kapitalistischen Produktion in der ganzen Welt erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß.“

Eine Denkschrift des Reichsernährungsministers für die Konferenz in Spa.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch die deutsche Delegation der Konferenz in Spa nachstehende Denkschrift über die Ernährungsfrage Deutschlands unterbreitet:

„Ministerpräsident Millerand hat die Bereitwilligkeit der alliierten Mächte zum Ausdruck gebracht, mit Deutschland eine Vereinbarung über die Lieferung von Lebensmitteln zu treffen, um die Not der deutschen Bevölkerung zu lindern. Das deutsche Volk ist für diese Bereitwilligkeit außerordentlich dankbar und begrüßt sie um so mehr, als es ohne diese Hilfe der alliierten Mächte dem deutschen Volke unmöglich sein würde, den Druck der Unterernährung, der schwer auf ihm lastet und ihm Arbeitsfreude und Arbeitslust nimmt, zu beseitigen. Wie groß diese Not ist, und wie dringend wir der baldigen Hilfe bedürfen, bitte ich mit nachstehenden Ziffern begreifbar zu machen: Die großen

Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands, die gerade in den letzten Monaten einen außerordentlich bedrohlichen Charakter angenommen haben, rühren her: 1. von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit, 2. von der Unmöglichkeit, die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel, wie Futtermittel, Kalkphosphat usw. in ausreichenden Mengen einzuführen, und 3. von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung des fehlenden Lebensmittelbedarfs durch Einfuhr. Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten während des Krieges, des Mangels an Arbeitskräften, Düngemitteln usw. ist die Anbaufläche für Brot- und Futtermittel, Kartoffeln und Zuckerrüben stark zurückgegangen und gleichzeitig der Ertrag der Flächeninhalten erheblich gesunken. Der Ernteertrag schwankte in dem Zeitraum 1913—1919 für Brotgetreide um 21 Prozent, für Futtermittel um 25 Prozent, für Kartoffeln um 31 Prozent, für Zuckerrüben um 30 Prozent. Die gesamte Erntemenge in Deutschland nach der neuen Grenzfestsetzung verminderte sich in dem Zeitraum 1913—1919 bei Brotgetreide von rund 13,3 Millionen Tonnen auf 8,5 Millionen Tonnen, bei Kartoffeln von rund 40,3 Millionen Tonnen auf 21,4 Millionen Tonnen und bei Zuckerrüben von rund 12,9 Millionen Tonnen auf 5,8 Millionen Tonnen. Als besonders erschwerendes Moment kommt hinzu, daß durch die

Abtretung landwirtschaftlich wertvoller Gebiete besonders im Osten für die Ernährungswirtschaft Deutschlands (nach Abzug der Mehrzweckungen an abgetretene Zukunftgebiete des Westens) erhebliche landwirtschaftliche Ueberschüsse verloren gegangen sind. Diese Ueberschüsse hätte bei Getreide genügt, um rund 8,8 Millionen Personen mit der heutigen Ernährung, bei Kartoffeln rund 3,4 Millionen Personen mit der heutigen Kartoffelration, bei Zuckerrüben rund 6 Millionen Personen mit der heutigen Zuckerration auf ein Jahr lang zu versorgen. In dem Zeitraum 1913—1919 sank der Bestand an Rindvieh von rund 18 Millionen auf 16,5 Millionen, die Zahl der Milchschafe von 9,1 Millionen auf 7,6 Millionen, die Zahl der Schweine von 18,5 Millionen auf 11,5 Millionen, d. h. also nicht weniger als 41 Prozent. Der gewaltige Rückgang des Schweinebestands ist um so empfindlicher für die Ernährung, als das Schwein immer in erster Linie und zwar bis zu 85 Prozent, der Träger der Fleisch- und Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung war. Ingesamt ergab sich in dem Zeitraum von 1913—1919 die gewaltige Verminderung des gesamten Nahrungsertrags pro Jahr von 24,4 Milliarden Werten auf 9 Milliarden Werten. Schließlich ist das Schlachtgewicht bei Rindern und Schweinen und Schafen um 50—55 Prozent gesunken. Als Gesamtergebnis verfügt daher die deutsche Bevölkerung heute über ein wesentlich verringertes Quantum an pflanz-

lichen und tierischen Lebensmitteln heimischer Erzeugung. Deutschland ist daher gezwungen, die im Krieg eingeführte Rationierung noch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortzuführen. Die Nationen müssen aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorienminimumsbedarfs eines erwachsenen Menschen decken. Da Deutschland bis heute noch nicht in die Lage versetzt worden ist, die fehlenden Lebensmittel in dem erforderlichen Umfang aus dem Ausland einzuführen, so ergibt sich die traurige Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung sich noch in einem

Zustand harter Unterernährung befindet, die weiterhin ihre erschreckenden Opfer fordert. Die Zahl der Lebendgeborenen in 365 Berichtsorten mit rund 25 Millionen Einwohner betrug im Jahre 1918 nach dem vorliegenden amtlichen Bericht 458 758, gegen 688 816 im Jahre 1913. In Preußen starben an Kindern im Alter von 1—5 Jahren im Jahre 1914 62 024, im Jahre 1919 dagegen 1 887 000, obwohl die Geburtenziffer während des Krieges sich um etwa 40 Prozent verringert hatte. In Mecklenburg-Schwerin, einem Agrarstaate, betragen dieselben Ziffern im Jahre 1914 544, im Jahre 1918 1040. Von Kindern im Alter von 5—15 Jahren starben in Preußen im Jahre 1914 25 780, im Jahre 1918 50 391, in Mecklenburg-Schwerin im Jahre 1914 800, im Jahre 1918 819. Diese erschütternde Vermehrung der Sterblichkeit der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder ist ganz zweifellos dem Mangel an Milch und andern eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln zur Last zu legen. Die Besserung unserer Milchproduktion wird aber durch die Milchplönderei an Frankreich und Belgien gehemmt. In den oben erwähnten 365 Berichtsorten starben 1918 von je 10 000 Einwohnern 15,7 an Tuberkulose, 1919 27,1, das sind also 11,4 mehr. Wie einerseits das heranwachsende Geschlecht in seiner Jugendkraft vermindert wird, so gestattet andererseits der Zustand chronischer Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtig durchaus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu steigern.

Gerade aus den Vorkriegszeiten häufen sich in letzter Zeit die Klagen über die durchaus unzureichende Ernährung, besonders auch deswegen, weil wir z. B. gezwungen waren, dem Brotmehl bis zu 80 Prozent Streckungsmitte! beizufügen und auch die Qualität des für die Kranken bestimmten Brotes zu verschlechtern. Dieser Zustand muß bei aller Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Arbeitsleistung infolge physischer Unmöglichkeit zu einem neuen Stutzen der Kohlenförderung führen. Hierzu kommt, daß die schwere Lage, in der sich augenblicklich die deutsche Industrie befindet, es einem Teil der Bevölkerung unmöglich macht,

die auf Karten ausgegebenen Lebensmittel sämtlich abzunehmen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verbilligt. Die augenblicklich ausgegebenen Rationen, die, aus Hülsenfrüchten, Zuder, Marmelade und Kunstbrot bestehend, einen Kalorienwert von etwa 12 000 haben, kommen auf 101 04 Kcal. zu stehen, während sie vor 8 Jahren 7,77 Kcal. kosteten. Eine Verbilligung in höherem Maße, wie es bisher durch die Reichsregierung gesehen ist, ist mit dem Stande der deutschen Finanzen nicht zu vereinbaren. Es muß vielmehr mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, die Verbilligung der Lebensmittel auf öffentliche Kosten überhaupt unmöglich zu machen.

Somit muß festgehalten werden, daß die Ernährung des deutschen Volkes anstatt eine Besserung nach dem Krieges erfahren zu haben, gegenwärtig sogar erheblich verschlechtert wurde.

Die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückzuführen, ist noch sehr beschränkt, und so ergibt sich für Deutschland die unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse die tatsächliche Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen.

Ohne ausländische Unterstützung ist Deutschland nicht in der Lage, sein Volk ausreichend zu ernähren.

Es ist damit von seiner großen, durch die politischen Unruhen begünstigten Nervosität zu befreien und damit die Quelle aller seiner Schwierigkeiten zu beseitigen. Es genügt aber nicht, daß das Ausland Deutschland große Mengen von Lebensmitteln zuführt, sondern es muß dies auch unter Bedingungen geschehen, die den deutschen Volke tatsächlich ermöglichen, die Lebensmittel zu beschaffen.

Um die heimische Erzeugung nachdrücklich fördern zu können, muß Deutschland ferner die Einfuhr von Kalkphosphaten, Schwefelkies und von Futtermitteln zur Wiederherstellung seines Viehbestandes ermöglicht werden.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Anbauflächen, der Erntemengen und des Ausfalls der diesjährigen Ernte, befreit sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr:

- 2 Millionen Tonnen Brotgetreide,
- 2 Millionen Tonnen Futtermittel,
- 750 000 Tonnen Kleinfuttermittel,
- 180 000 Tonnen Mehl und Speis,
- 144 000 Tonnen Fett,
- 500 000 Tonnen Fisch,

ferner 500 000 Tonnen Kalkphosphat und die zu seiner Aufschüttung notwendigen Mengen von 350 000 Tonnen Schwefelkies, im Gesamtwerte von 3 Milliarden 408 Millionen 600 000 Goldmark.

Die befriedigende Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentliche Voraussetzung für den Erfolg aller andern Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Konferenz in Spa wolle beschließen, daß eine Kommission aus Sachverständigen der Einzelländer mit größter Beschleunigung zusammentritt, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten und den in der Konferenz von Spa vertretenen Mächten dahingehende konkrete Vorschläge zu unterbreiten.“

Polizei statt Brot.

Mit Sägen und Zäunen kämpfen die Regierungen der Freistaaten Deutschlands im Verein mit der Reichsregierung um die Beibehaltung der militärisch organisierten Sicherheitspolizei. Nachdem aber die Entente in Spa deutlich erklärt hat, über diesen Punkt gebe es keine Verhandlung mehr, es bleibe bei dem, was in der Juni-Karte darüber gesagt sei, daß die militärisch und zentralistisch organisierte Sicherheitspolizei bis zum 22. September aufzulösen sei, bleibt nun nichts andres übrig, als sich damit abzufinden.

Nun hat aber Herr Severing, der preussische Innenminister, einem Vertreter des Wolffischen Bureaus mitgeteilt, wie diese „Auflösung“ vor sich gehen soll. Die Entente will, wenn die Polizei örtlich organisiert und den Lokalbehörden unterstellt ist, jedem dritten Mann ein Gewehr zugehen, außerdem Pistole und Säbel für jeden; Geschosse, Minen- und Flammenwerfer, die diese „Sicherheitspolizei“ hat, müssen abgeliefert werden. Ist die Polizei lokal organisiert, kann sie um 70 000 Mann, nämlich auf 150 000 Mann erhöht werden. Herr Severing sagt, es werde nun darauf ankommen, diese Polizeitruppe zu einem brauchbaren Instrument zu gestalten und nur Leute in sie aufzunehmen, die alle Anforderungen des Polizeidienstes gewachsen sind. Er meint, wenn Deutschland weitere Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten vermeiden wolle, so müsse alles unterlassen werden, was den Keim zu neuem Mißtrauen legen könnte. Die Polizei solle lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande da sein. Die bisherigen Auf-

stellungen der Sicherheitspolizei — schon diese Einrichtung zeigt, daß es sich bisher um militärische Formationen gehandelt hat — sollen Abteilungen der Oberpräsidenten oder der Polizeipräsidenten werden. Die an militärische Rangstufen gemahnenden Amtsbezeichnungen sollen abgeschafft und den Rangstufen der Polizei nachgebildet werden. Die technischen Hundertschaften werden aufgelöst und in die andern Hundertschaften gegliedert.

Man hört jetzt auf einmal, daß diese Änderungen nicht erst durch das Diktat der Entente herbeigeführt werden sollen, sondern schon einem aus eigenen Entschlüssen der Regierung aufgestellten Reformprogramm entnommen seien. Bisher hat man von einem solchen Programm nichts vernommen. Es wäre gut, wenn Herr Severing darüber noch nähere Mitteilung machte. Worauf es dem preussischen Polizeiminister nach seiner Versicherung ankommt, ist, die Waffen aus den Händen Unbefugter zu bringen und bei guter Organisation und Disziplin der Polizeitruppe werde ihm dieses gelingen, wie auch die Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands aufrechtzuerhalten. Mit Interesse wird man verfolgen dürfen, wie Herr Severing nun mit seinen Polizeitruppen auf das Land hinauszieht, die Güterbesten entwaffnet und dann auch dem Bürgertum in den Städten endlich die Waffen wegnimmt, besonders den Bourgeois, die sich als Zeitfreiwillige damit versehen haben, und die eine ständige Bedrohung der arbeitenden Bevölkerung darstellen.

Der polnische Zusammenbruch.

Kopenhagen, 13. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau wird offiziell gemeldet: Die Polen haben die Linie längs des Wiljaflusses aufgegeben. Die Bolschewiki haben jetzt die Festungwerke von Minsk erreicht. In der Gegend des Pripiet holte General Ganschowski die Nachhut der Bolschewiki ein und besetzte Dwurca. Die Bolschewiki erlitten eine totale Niederlage und ließen 400 Tote und 200 Gefangene, sowie große Kriegsbeute zurück. Die Gruppe Basewski schlug die Streitkräfte Budennos. Diese sind nach Komno gesickert. Eine bolschewistische Kavalleriebrigade wurde vollständig vernichtet. (?) Die Polen eroberten acht Geschütze.

Die Meldungen der Polen über lokale Erfolge sind natürlich mit Vorbehalt aufzunehmen. Selbst wenn sie zutreffen sollten, würden sie am Stand der Dinge im großen nichts ändern.

Minsk in russischer Hand.

Warschau, 13. Juli. Minsk wurde im Nachmittage von den Bolschewiki genommen. Der Fall von Minsk ist nur eine Frage von kurzer Frist. Wilna bereitet die Verteidigung vor. Bei der Räumung von Minskow in der Ukraine wurde der polnische Zivilkommissar für Volhynien und Podolien Minkiewicz von den Bolschewiki in Eisenbahnzuge überfallen, gefangen genommen und fortgeschleppt.

Die Vermittlung der Entente.

Paris, 12. Juli. Dem Journal des Debats zufolge wird am 13. Juli eine Konferenz der Entente in Spa abgehalten, unter folgenden Bedingungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu verhandeln: Polen solle dem Obersten Rat unter Vorbehalt auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzfestsetzung, auch die Entschlebung hinsichtlich Danzas und Leschens überlassen. Die polnischen Truppen sollten sich auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk zurückziehen, die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die Roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten. Die Friedenskonferenz sollte in London zusammenzutreten, an ihr sollten teilnehmen: Sowjetrußland, Polen, Finnland, Litauen, Westkalkien, das die Möglichkeit haben soll, das Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Aus Spa wird heute gemeldet, bei der Erörterung der polnischen Frage hätten die Alliierten Vorwürfe gegen die Polen erhoben wegen dessen Politik im letzten Jahre. Lord George habe die Vermittlung an schwere Bedingungen geknüpft, die Grabski jedoch angenommen habe. Ueber solche Bedingungen meldet der Kurier von Spa aus englischer Quelle die Abkehrung Wilnas an Litauen. Herr Gropowicz meldet aus derselben Quelle, die Alliierten hätten in Moskau bereits den Vorstoß gemacht, Wilnas zurückzuführen, falls die unter der Bedingung des Rückzugs Wilnas in seine Grenzen. Dasselbe Blatt erzählt aus Paris, Sowjetrußland verlange die Räumung aller kritischen Gebiete einschließlich Litauens, wo eine Volksabstimmung veranlaßt werden solle. Grabski wird heute zurück erwartet; ihn vertritt in Spa Paderewski. (Frankf. Ztg.)

Kopenhagen, 13. Juli. Wie die Nationaltidende aus Warschau meldet, hat der polnische Minister des Äußeren auf Verlangen des Rats für die nationale Verteidigung eine Note an die Konferenz gerichtet, in der erklärt wird, Polen sei bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird.

England, Rußland und Polen.

Berlin, 14. Juli 1920. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Die Antwort Tschitscherins auf die Vor schläge, die England den Russen durch Krassin gesandt hatte, hat folgenden Wortlaut:

„Um dem Wunsche der britischen Regierung zu entsprechen und zum Zwecke eines baldigen Friedensschlusses zwischen Rußland und Großbritannien nimmt die Sowjet-Regierung die in einem Memorandum der Alliierten, das am 1. Juli von der britischen Regierung dem Präsidenten der russischen Delegation Krassin übergeben wurde, angelegten Grundzüge an, die als Grundlage dienen sollen für ein Abkommen zwischen Rußland und Großbritannien. Dieses Abkommen soll Gegenstand von Verhandlungen sein, die unverzüglich zwischen den beiden Regierungen eingeleitet werden sollen. Die Sowjet-Regierung nimmt an, daß von der britischen Regierung aufgestellte Plan in der Weise aufgeföhrt werden soll, daß er einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Großbritannien herstellt und die Hoffnung der britischen Regierung, daß dieser Waffenstillstand den Weg zu einem endgültigen Frieden öffnen werde. Gleichzeitig protestiert die Sowjet-Regierung gegen die der Wahrheit zuwiderlaufende Behauptung über angeblich von Sowjetrußland gegen das britische Reich gerichtete Angriffe. Die russische Regierung betont nochmals, daß Rußland in seinen Beziehungen mit Großbritannien nur den Frieden wünscht und daß dieser bisher nur deshalb nicht zu erreichen war, weil auf der Gegenseite der gleiche Wunsch nicht da war.“

London, 13. Juli. Im Unterhause erwiderte Bonar Law auf eine Anfrage:

Die Sowjetregierung hat die von der englischen Regierung aufgestellten Bedingungen angenommen. Demzufolge ist eine Verhandlung über die Grundzüge für die Besprechungen wegen des Handelsverkehrs erreicht. Die englische Regierung hat, nach Befragung mit den Alliierten, und, wie ich höre, mit deren Zustimmung, der Sowjetregierung vorgeschlagen, einen sofortigen Waffenstillstand unter geeigneten Bedingungen mit Polen abzuschließen, wenn eine Friedenskonferenz zwischen Rußland und den Randstaaten folgen würde.